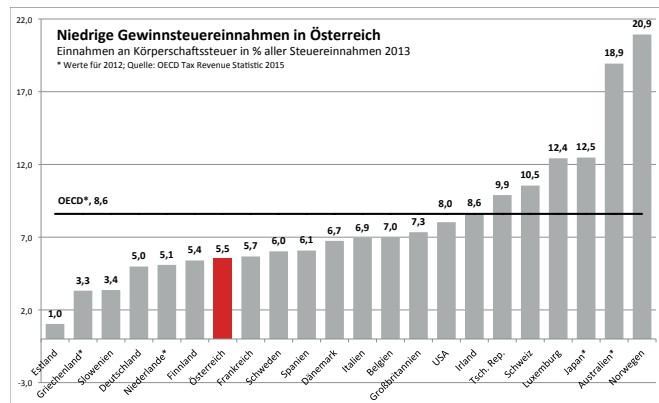


❌ **FALSCH IST: „Die Steuerbelastung für Unternehmen ist zu hoch“**

✅ **WAHR IST: „Konsumenten und Arbeitnehmer tragen mehr als 80 Prozent der Steuerlast“**

Gerne wird von Wirtschaftskapitänen die vermeintlich hohe Steuerbelastung in Österreich kritisiert. Dabei wird meist die gesamte Steuer- und Abgabenquote (derzeit 43,8 Prozent) vorgebracht. Diese hat allerdings wenig Aussagekraft, denn sie sagt nichts darüber aus, welche gesellschaftlichen Gruppen in welcher Höhe Steuern zahlen. Außerdem sind Konzerne Nutznießer staatlicher Leistungen (Subventionen, öffentliche Infrastruktur, gut ausgebildete Beschäftigte etc.), die durch ebendiese Steuern finanziert werden und die hohen Unternehmensgewinne mitermöglichen.

Mehr als 80 Prozent der österreichischen Steuerleistung stammen aus Konsum (24,1 Prozent) und Lohnabgaben (56,6 Prozent). Die Gewinnsteuer für österreichische Unternehmen (Körperschaftsteuer/KöSt) ist dagegen im internationalen Vergleich eher günstig. Der Steuersatz wurde 2005 von der schwarz-blauen Regierung von 34 auf 25 Prozent gesenkt. Dies und zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten ergeben, dass die Einnahmen an Gewinnsteuer in Österreich sehr niedrig sind: 2013 kamen 5,5 Prozent aller Abgaben von der KöSt, im Durchschnitt der Industriestaaten sind es immerhin 8,6 Prozent. Die kommende Steuerreform wird diese Schiefelage endlich leicht entschärfen.



❌ **FALSCH IST: „Österreich ist im ständigen Wettbewerb mit allen anderen Ländern“**

✅ **WAHR IST: „Nur ein effektiver Schutz vor Lohn- und Umweltdumping ermöglicht fairen Wettbewerb“**

Die von der Wirtschaftsseite ständig verwendeten Wettbewerbsrankings bauen auf einem völlig falschen Bild der Wirtschaft auf und kommen zu oft fragwürdigen Ergebnissen. Es geht nicht darum, dass einzelne Länder, wie im Sport, den Wettbewerb alleine auf Kosten anderer gewinnen. Volkswirtschaften profitieren gegenseitig von positiven wirtschaftlichen Entwicklungen, sofern diese nicht auf Sozial- und Umweltdumping basieren und damit einzelnen Unternehmen unlautere Vorteile verschaffen.

Statt mit Lohn-, Sozial- und Umweltkostensenkungen auf – bestenfalls – kurzfristige Marktgewinne zu setzen, sollten sich die Unternehmen für verbindliche europäische und internationale Mindeststandards einsetzen, um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

Der ruinöse Standortwettbewerb zwischen den Ländern zum Vorteil internationaler Konzerne und zu Lasten der Beschäftigten und der Umwelt muss endlich gestoppt werden.

Impressum

Medieninhaber: Arbeiterkammer Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10, 5020 Salzburg, Telefon: +43 (0)662 86 87, www.ak-salzburg.at
Für den Inhalt verantwortlich: MMag.^a Michaela Schmidt
Redaktion: DGKP Norbert Pibberger, BSc und Stephan Gabler
Titelfoto: fotolia@stockphoto-graf
Grafik: Ursula Brandecker
Nur Webdownload
Verlags- und Herstellungsort: Salzburg

Stand: Juni 2018



WAS WIR FORDERN:

- Kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen und gerecht verteilte Arbeitszeit als Basis für einen fairen Wettbewerb
- Qualitätssteigerung statt einseitiger Kostensenkung
- Konzerne müssen – als Nutznießer vieler staatlicher Leistungen – ihren Beitrag zur Finanzierung leisten
- Verbindliche Mindeststandards für Löhne, Steuern und Umweltvorschriften in Europa und in internationalen Freihandelsabkommen
- Abkehr vom ruinösen Standort-Wettbewerb in Europa



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

MYTHOS BEDROHTE WIRTSCHAFT

ARGUMENTARIUM WENN FIRMEN
DIE ABWANDERUNGS-KEULE
SCHWINGEN



■ Dieses Service ist dank
Ihres AK-Beitrags möglich

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

Mythos bedrohte Wirtschaft – Totschlagargumente entkräften

Seit Jahren bekommen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer regelmäßig die Klagelieder großer Konzernherren und Unternehmensvertreter über den gefährdeten „Wirtschaftsstandort Österreich“ zu hören – mit Vorliebe dann, wenn die Lohnverhandlungen bevorstehen. Phrasen wie „Die Lohnnebenkosten und die Steuerlast der Unternehmen sind zu hoch. Die Arbeitszeiten zu wenig flexibel. Und außerdem ist der Standort Österreich ohnehin schon abgesandelt“ hat schon jeder von uns unzählige Male über sich ergehen lassen müssen.

Dieser Folder räumt mit einigen solcher Mythen auf und soll als Hilfe dienen, wenn es gilt „Totschlagargumente“ zu entkräften.

Wir halten fest: Wir leben nicht über unsere Verhältnisse. Wir lassen uns den Erfolg der Steuerreform nicht durch Zurückhaltung bei den Lohnverhandlungen oder das Streichen von Sozialleistungen zunichtemachen. Das Gebot der Stunde: Soziale Sicherheit, eine gerechte Arbeitswelt und faire Löhne!

- ⊗ **FALSCH IST: „Die Arbeitskosten in Österreich sind zu hoch“**
- ✔ **WAHR IST: „Österreich ist das viertreichste EU-Land, die Unternehmen sind hoch profitabel“**

Österreich gehört zu den wirtschaftlich leistungsfähigsten Ländern der Welt. Gemessen an der jährlichen Wirtschaftsleistung im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftparität) ist Österreich das viertreichste Land der EU und weltweit unter den Top 10 der Industrieländer!

Die Unternehmen sind profitabel – mit einer operativen Gewinnspanne von 3,9 Prozent. Trotz schwieriger Konjunktur war die Ertragslage der im AK-Unternehmensmonitor untersuchten 1.370 großen und mittelgroßen Unternehmen auch im Jahr 2013 positiv. Die Firmen bekamen für ihr eingesetztes Kapital durchschnittlich 11,2 Prozent Rendite. Spargbuchbesitzer können davon nur träumen – ihr hart Erspartes verzinst sich derzeit mit rund 0,25 Prozent. Spitzenreiter sind Handel und Industrie mit 17,7 bzw. 17,0 Prozent Rendite. Die Gewinnausschüttungen sind (wie in den letzten Jahren) unangemessen hoch, 2013 floss in Relation zu den Löhnen ein Drittel der Summe als Dividenden an die Eigentümer.

Arbeitskosten alleine sagen übrigens gar nichts über die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Produkte aus. Wenn überhaupt sind die sogenannten „Lohnstückkosten“ relevant, also die Lohnkosten je erzeugter Ware. Sie sind in Österreich in der Industrie niedriger als beispielsweise in Deutschland (um 18 Prozent), Frankreich (um 16 Prozent) oder Großbritannien (um 40 Prozent) und im letzten Jahrzehnt gleich geblieben. Mindestens genauso wichtig wie der Preis sind auch ganz andere Faktoren wie Produktqualität, bekannte Marken oder Wechselkursschwankungen.

- ⊗ **FALSCH IST: „Die Lohnnebenkosten in Österreich sind zu hoch“**
- ✔ **WAHR IST: „Lohnnebenkosten bedeuten soziale Sicherheit, sie liegen im Schnitt der Eurozone“**

Die Lohnnebenkosten finanzieren zu einem großen Teil unser soziales Netz. Die Sozialversicherungsbeiträge dienen zur Absicherung gegen Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Unfall. Auch der Lohn während des Urlaubs sowie Weihnachts- und Urlaubsgeld sind Teil der Lohnnebenkosten. Außerdem werden der öffentliche Wohnbau und die Familienförderung zu großen Teilen über die Lohnnebenkosten finanziert.

Für die Beschäftigten bedeutet eine Senkung der Lohnnebenkosten: Weniger Einkommen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld ...), weniger bezahlte Freizeit und weniger soziale Sicherheit. Die Forderung, dass gekürzte Beiträge in der Verwaltung eingespart werden sollen, ist scheinheilig – der Verwaltungsaufwand der Gebietskrankenkassen beträgt beispielsweise nur 2,83 Prozent der Beiträge. Eine Kürzung würde daher zu weniger Leistungen für die Versicherten führen.

Im europäischen Vergleich hat Österreich durchschnittliche Lohnnebenkosten: Auf 100 Euro Bruttoverdienst kommen 36 Euro Lohnnebenkosten. Im EU-Durchschnitt sind es 31 Euro, in der Eurozone 35 Euro. Der Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge in den letzten Jahrzehnten erfolgte in erster Linie bei den Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, während die Beitragsbelastung der Unternehmen über die Zeit relativ konstant geblieben ist. Das Argument der Wirtschaft, dass niedrigere Löhne oder Lohnnebenkosten notwendig sind, um Unternehmensinvestitionen anzuregen und Jobs zu schaffen, ist nicht neu. Das Problem: Es ist falsch. Die Löhne sind im letzten Jahrzehnt real gesunken, die Arbeitslosigkeit gestiegen. Viele Unternehmen nutzen ihre höheren Gewinne nicht für Investitionen, sondern schütten sie aus. 2013 machten Gewinnausschüttungen in der Industrie in Relation zur Lohn- und Gehaltssumme der Beschäftigten 43 Prozent aus!

- ⊗ **FALSCH IST: „Kürzere Arbeitszeiten gefährden Arbeitsplätze, die Beschäftigten müssen stattdessen flexibler werden“**
- ✔ **WAHR IST: „In Österreich wird besonders lange und sehr flexibel gearbeitet“**

Die hohe Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruflichem und Privatem zeigen, dass eine Umverteilung von Arbeitszeit notwendig ist. Vollzeitbeschäftigte arbeiten bei uns durchschnittlich 43 Stunden pro Woche – so viel wie in kaum einem anderen Land in Europa. Wir sind europäische Spitzenreiter bei (teilweise unbezahlten) Überstunden. Die Kehrseite der Medaille ist allerdings die zweithöchste Teilzeitquote und Arbeitslosigkeit. Wirtschaftsvertreter fordern trotzdem noch längere und einseitig „flexiblere“ Arbeitszeiten. Dabei ist es bereits bei der Novellierung des Arbeitszeitgesetzes 2007 zu einer Ausweitung von Arbeitszeitflexibilisierungen im Sinne der Arbeitgeber gekommen.

Die langen Arbeitszeiten und hoher Zeitdruck führen dazu, dass Österreich in Bezug auf die Qualität des Arbeitsumfeldes schlecht abschneidet: Wir liegen auf dem unrühmlichen 27. Platz von 32 untersuchten OECD-Ländern. Hohe Burn-out-Raten und andere stressbedingte physische und psychische Krankheiten sind die Folge. Der Arbeitsklima-Index der AK Salzburg zeigt, dass Beschäftigte ohne Überstunden und Mehrarbeit weitaus zufriedener (über 80 Prozent) sind. Wenn Beschäftigte länger im Erwerbsleben bleiben sollen (Anhebung Pensionsantrittsalter), dann müssen sie geistig und körperlich gesund bleiben. Das hilft auch den Unternehmen, die auf gesunde und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bauen können! Der Schlüssel dazu sind aber eben nicht längere, sondern kürzere Arbeitszeiten und neue Arbeitszeitmodelle, die sich an den Bedürfnissen und Lebensphasen der Beschäftigten orientieren.